

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 15. Oktober 1932

Nummer 83

„Frontwechsel“ und Widersprüche von Byrmon

I.

Der für die Unternehmer im deutschen Buchdruckgewerbe tonangebende Deutsche Buchdrucker-Verein, der von den rund 10 000 Buchdruckereibesitzern in ganz Deutschland annähernd die Hälfte zu seinen Mitgliedern zählt, hielt während der Geburtswehen der jüngsten Tariflohnunterschreitungs-Verordnung vom 3. bis 5. September seine 62. Jahresversammlung in Bad Pyrmont ab. Nach dem Bericht der „Zeitschrift“ hat die Teilnehmerzahl an dieser Tagung mit 720 aus allen Teilen des Reichs selbst die kühnsten Erwartungen übertraffen. Damit scheint es auch zusammenzuhängen, daß ein in allen Ton- und Signierarten schillernder Mitarbeiter der „Zeitschrift“, der sich einmal als „Edard“, dann wieder als „Diogenes“, das andre Mal als „Schm.-Rö.“ und nur ganz selten mit dem richtigen Namen seiner Ahnen vom Ostseestrand vorstellte, von dem Ergebnis dieser Heerfchau der deutschen Buchdruckereibesitzer unter den Palmen Pyrmonts heute noch so benommen ist, daß er in Nr. 71 der „Zeitschrift“ von einem „Frontwechsel“ schrieb, der die Pyrmont-Tagung zu einem besonderen Markstein in der Geschichte des Deutschen Buchdrucker-Vereins für alle Zeiten gestempelt haben soll.

Deshalb dürfte es zeitgemäß und zweckdienlich sein, den Verlauf und die Ergebnisse dieser Tagung etwas deutlicher in den Sichtkreis gewerkschaftlicher Betrachtungen zu rücken. Folgen wir zu diesem Zweck zunächst einer diesbezüglichen Nachfrage des schon erwähnten „Diogenes“, der seine Pyrmont-Abenteuer unter dem Begriff „Frontwechsel“ in Nr. 71 der „Zeitschrift“ beleuchtete. Er stellte einleitend fest, daß von den 720 Teilnehmern an der Pyrmont-Tagung jeder einzelne mit Bedauern auf einen Meinungsaustausch im Anschluß an das Referat des Generaldirektors Dr. Woelfel über die sozialpolitische Lage verzichten müssen! Kein kritischer Hörer dieses Referats sei in der Lage gewesen, „in der vom Versammlungsleiter zugebilligten kurzen Überlegungszeit sich eine Ausdrucksdisposition machen zu können“. Und dazu kamen nun 720 Vertreter der deutschen Buchdruckereibesitzer aus allen Ecken Deutschlands nach Bad Pyrmont, um sich einen so wichtigen Vortrag anzuhören, ohne dazu auch nur mit einem Wort Stellung zu nehmen! Der Referent war sicher nicht schuld an dieser Interesslosigkeit. Denn seine Darlegungen, soweit sie in der „Zeitschrift“ nur auszugsweise zur Veröffentlichung kamen, waren zweifellos viel tiefergehend und wichtiger als z. B. das Thema über die Bestattungsbeihilfe, das einen weit größeren Umfang der Tagung in Anspruch nahm.

Aber nicht nur der Herr Generaldirektor löste die Zungen seiner Zuhörer nicht. Das gleiche Schicksal erlebte ein zweiter Referent über wirtschaftliche Fragen, und zwar der sich seiner Hörerschaft selbst als „Außenleiter“ mit folgender Selbstbeweihräucherung vorstellende Herr Karl Ruprecht von Göttingen (Firma Hubert & Co. in Göttingen): „Ich bin ursprünglich aktiver Seemann und gelernter Unterseebootkommandant gewesen, und ich bin seit nun zehn Jahren gelernter Schriftsetzermeister und Buchdrucker geworden, und als solcher spreche ich als Unternehmer zu Unternehmern. Ich möchte aber von vornherein ausdrücklich betonen, daß ich in meinen weiteren Ausführungen absolut nur meine Privatmeinung zum Ausdruck bringe. Der einzelne braucht also keineswegs zu befürchten, daß er als Mitglied des Deutschen Buchdrucker-Vereins nun etwa auf dieselbe Auffassung verhaftet würde. Aber man wolle es bitte meinem immerhin nicht ganz alltäglichen Werdegang zugute halten, daß ich naturgemäß manches, was um uns

herum vorgeht, etwas anders sehe und anders urteile als der zünftige Nur-Buchdrucker.“ Daß ein solcher Mann, der schon in seiner persönlichen Vorstellung als Referent glaubt das Recht zu haben, von einer höheren Warte auf den „zünftigen Nur-Buchdrucker“ herabsehen zu dürfen, von der Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins überhaupt als Referent über das Thema „Die wirtschaftliche Lage unfres Gewerbes“ auf einer solchen Tagung zugelassen wurde, läßt mehr als tief blicken. Der selbige Wizenstein, der doch auch einen nicht zu knappen persönlichen Stolz auf seinen Majorstitel, aber trotzdem noch einen viel größeren und berechtigteren Stolz darauf hatte, als zünftiger Buchdrucker geachtet zu werden, würde sich sicher vor Entsetzen im Grabe umdrehen, wenn er noch davon Kenntnis nehmen könnte, wie geringfügig heute ein Referent auf einer Tagung seiner von ihm einst zu respektabler Höhe geführten Organisation von zünftigen Nur-Buchdruckern sprechen darf, ohne unter stürmischem Widerspruch seiner Zuhörer vom Rednerpult abtreten zu müssen. Da ist in der Tat ein „Frontwechsel“ zu verzeichnen; aber nur insofern, als die alten und echten Buchdrucker im Deutschen Buchdrucker-Verein völlig vergessen zu haben scheinen, was sie ihrem gewerkschaftlichen Ansehen schuldig sind. Welcher „Frontwechsel“ in dieser Richtung im DDBV eingetreten ist, geht aber auch daraus hervor, daß der schon erwähnte „Bosif“ in Nr. 71 der „Zeitschrift“ das Referat dieses „gelernten“ Unterseebootkommandanten mit folgenden Dithyrambus ausstaffieren konnte: „Mit dem gleichen Bedauern wird jeder eine Aussprache im Anschluß an den Vortrag des Herrn Ruprecht über die wirtschaftliche Lage vermissen haben. Aber hier war Redner und Rede ein Guß. Man konnte den tiefen Eindruck der Zerpflücken dieser weltanschaulich eingestellten Gedanken notgedrungen zu einer Verfassung des hohen Niveaus führen müssen.“ Wir dagegen rechnen es den Teilnehmern an der Pyrmont-Prinzipalstagung noch lange nicht als den schlechtesten Beweis vernünftiger Einsicht an, daß sie ihrerseits die Ruprecht'sche Hitzeriade, denn etwas Besseres war sie nicht, keiner besonderen Stellungnahme würdigten. Wir können es ihnen nachfühlen, daß sie von so viel Überheblichkeit auf allen Gebieten menschlichen Ringens einfach erschlagen waren und sich höchstens mit der stillen Erkenntnis trösten konnten, daß ja nicht nur Hameln oder Braunau auf den Nimbus des bewußten Rattenjägers Anspruch zu erheben brauchen, sondern auch „der gelehrte Unterseebootkommandant“, Schriftsetzermeister und Buchdrucker“ von Göttingen mit ähnlicher Belastung ausgestattet zu sein scheint. Da es die „Zeitschrift“ für nötig hielt, das Referat dieses wunderlichen Heiligen am Prinzipalschimmel in ihrer Nr. 68 vom 13. September der Öffentlichkeit zu übergeben, und daraus deutlich zu ersehen war, daß Herr Ruprecht ein Todesfeind jeglicher Befreiung der Arbeiterschaft aus privatkapitalistischer Knechtschaft ist, werden wir uns mit seinen diesbezüglichen Ausführungen in einer späteren, besonderen Abhandlung befassen. Boreist sollen noch die übrigen Punkte der diesjährigen Tagung des Deutschen Buchdrucker-Vereins, soweit sie die Gewerkschaft näher angehen,spflichtig und zeitgemäß durchgenommen werden.

Da wäre zunächst zu beachten, daß schon in der Eröffnungsrede von Herrn Jiffelst (Osterwick) Gedanken zum Ausdruck kamen, die auch von der Gewerkschaft als richtig nicht nur anerkannt, sondern

auch nach besten Kräften praktisch geltend gemacht werden. Ein großer Widerspruch liegt nur darin, daß der Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes von den Vertretern des Deutschen Buchdrucker-Vereins die Anwendung und Geltendmachung der gleichen Grundsätze mit allen Mitteln, sogar unter Ausnützung der heutigen staatspolitischen Diktatur, immer wieder freitig gemacht werden. Das gilt insbesondere für jene Grundsätze, die Herr Jiffelst in folgenden Worten zum Ausdruck brachte: „... Die Organisation hat wieder und immer wieder den Weg vernunftgemäßen Handelns gezeigt und darauf hingewiesen, daß nur durch kollegiales Zusammenhalten eine Besserung auf dem Preisgebiet erreicht werden könne, zum Wohl des einzelnen Mitgliedes, aber auch zum Wohl der Gesamtheit, die darunter leiden muß, wenn einzelne zu Preisen arbeiten, bei denen die Unternehmen auf die Dauer nicht bestehen können.“ Wenn es vernunftgemäß ist, durch kollegiales Zusammenhalten eine Besserung auf dem Preisgebiet zu erreichen, und wenn die Unternehmen nicht bestehen können, wenn einzelne unter ungenügenden Preisen arbeiten, dann sollte diese Vernunft nicht bei den Preisen für die menschliche Arbeitskraft aufhören. Dann sollte der Deutsche Buchdrucker-Verein auch darauf verzichten, den Leitungen der Organisationen der Arbeiterschaft jede Einwirkungsmöglichkeit auf Aufrechterhaltung des kollegialen Zusammenhalts ihrer Mitglieder auf dem Anweg über die juristische Diktatur einseitiger Verfügungen und unbegrenzter Schadenersatzansprüche zu verweigern. Das hat mit freier Willkür nicht das geringste mehr zu tun und zerstört sowohl die logische wie moralische Grundlage jeder auf kollegialen Zusammenhalt gestützten Sozialpolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Das gilt auch für den weiteren, von uns durchaus als berechtigt anerkannten folgenden Grundsatze in der Eröffnungsrede des Herrn Jiffelst: „Wir müssen gerüstet sein für die Möglichkeiten, die sich ergeben können. Der einzelne ist mehr als sonst auf die Zugehörigkeit zu seiner Organisation angewiesen, denn nur durch eine machtvolle Organisation lassen sich die Interessen einer so großen Zahl von Betrieben, wie sie der Deutsche Buchdrucker-Verein umfaßt, und damit auch die Interessen des einzelnen in der gegenwärtigen Zeit mit Nachdruck vertreten.“ Die Gewerkschaft nimmt nur das gleiche Recht und die gleiche Pflicht in organisatorischer Hinsicht in Anspruch; aber es wird ihr die Geltendmachung dieser Rechte mit allen möglichen Schikanen durch den Deutschen Buchdrucker-Verein erschwert, indem dieser z. B. die aus der verfassungswidrigen Verordnung vom 5. September hervorgehende „Ermächtigung“ einseitiger Tariflohnunterschreitung durch gerichtliches Verbot jeder tatsächlichen moralischen oder finanziellen Unterstützung seitens der Arbeiterorganisationen zur Unterbindung jeglicher Abwehr gegen diese Vertragszerstörung gestiftet sehen will. Diese Widersprüche sind für die Gewerkschaft von geradezu aufreißender Gegenständlichkeit. Besonders dann, wenn sie noch davon Kenntnis nehmen muß, daß die in ihrem geistigen und taktischen Gehalt höchstehende Eröffnungsrede zur diesjährigen Prinzipalstagung in Bad Pyrmont mit dem bekannten Goethewort: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß!“, ausklang; was aber der Arbeiterschaft in ihrem Kampf ums Dasein von Unternehmerseite mit aller Gewalt verwehrt sein soll! Es dürfte daher auch ohne Heranziehung weiterer Einzelheiten verständlich sein, daß wir in dieser, hauptsächlich dem Organisationsgedanken und -zweck dienenden Eröffnungsrede zur Pyrmont-Tagung des Deutschen Buchdrucker-Vereins eine mehr zwiefelhändige Verhüllung tieferliegender Widersprüche zwischen gewerkschaftlicher Theorie und Praxis im deutschen Buchdruckgewerbe finden konnten.

Sozialisierung der Agrarschulden

Nach der Generalsubvention für die Industrie Liebesgaben für die Agrarier

Mit einem Schlage ist alles Klagen über die Finanzschwierigkeiten des Reiches verumt. Mühen noch vor kurzem den Erwerbslosen, Alters-, Invalidenrentnern, den Kriegsbeschädigten und -witwen die Unterstützungsfälle gekürzt werden, wofür der Staat nicht länger eine „Wohlfahrtsanstalt“ sein dürfte, so sind jetzt die eingesparten Hunderte von Millionen von Mark und noch etliche dazu für eine andre Art von Unterstützungsempfängern bereitgestellt worden. Die „Wohlfahrtsanstalt“, genannt Reichs Reich, hing über ihre Auszahlungsfähiger Schilder mit der Aufschrift: „Nur Kapitalisten gelten als Notleidende, nur sie erhalten Unterstützung!“ Die ersten Unterstützungsberechtigungscheine sind schon in Form der Steuergutscheine in den Händen der „Armen“. Die Vorkämpfer und Verteidiger des kapitalistischen Wirtschaftssystems haben damit schon die Wirtschaft ankurbeln sehen. Für sie ist Papen bereits der Retter geworden; der Ketter des Privateigentums und des Kapitalismus vor dem Gemeineigentum und dem Sozialismus.

In den gläubigen Gefängen unterscheiden sich die demokratischen Streiter für kapitalistische Ausbeutung und Profit kaum von den deutschnationalen und nationalsozialistischen. Triumphierend stellt im „Berliner Tageblatt“ (27. September 1932) Dr. Topf fest: „Das Gerede von der „Endkrise des Kapitalismus“ ist verumt. Auch die schärfsten Gegner der bestehenden Wirtschaftsordnung, Ultra-Nationalisten wie konsequente Marxisten, müssen zugestehen, daß die große Krise der letzten Jahre, sicherlich eine der schwersten Wirtschaftskrisen überhaupt, allmählich ausklingt — daß der Kapitalismus, im ganzen betrachtet, noch einmal eine Chance zu haben scheint.“

Fühlen sie sich erleichtert oder geben sie sich nur so? Weinen sie wirklich, die rücksichtslose Anwendung all der gesellschaftlichen Machtmittel, über die die kapitalistische Klasse in Deutschland jetzt verfügt, könne die gesellschaftliche Entwicklung ausfallen, ja, sie gar wieder zu dem reinen System der privatkapitalistischen Wirtschaft zurückführen? Die konsequenten Marxisten, die Herr Topf in einem Atemzug mit den Nationalsozialisten nennt, haben nie daran geglaubt, daß das Bürgertum alle Anstrengungen machen werde, um durch noch schärfere Ausbeutung der Arbeiterklasse einen vermeintlichen Ausweg aus der Krise zu finden. Aber sie haben auch nachgewiesen, daß der verhärtete Druck auf die Arbeiterklasse zu einer Steigerung der Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems und zu ihrem neuerlichen gewaltsamen Durchbruch in dieser „Ordnung“ führen müßte. Wenn darum die machtpolitischen Klassenverhältnisse der Arbeiterklasse in Deutschland jetzt nicht entscheidende Schritte in der Richtung zum Sozialismus tun lassen, so kommt dennoch das Triumphgeschrei der Kapitalisten und ihrer Streifen zu früh. Sie können die ökonomische Krise zum Sozialismus nicht wieder rückgängig machen — die politischen Machtverhältnisse aber wird die Arbeiterklasse zu ihren Gunsten umgestalten!

Es ist ganz einfach so: die Milliarden Mark, die das Generalsubventionskabinett Papen den Besitzenden in die Tasche geschoben hat, haben deren Stimmung etwas gehoben. Um die Reichsgeldscheine an die privaten Kapitalisten aus öffentlichen Mitteln zu verschleiern, wollen sie dem Volk mit Gewalt glauben machen, daß von ihnen bereits eine Belebung der Wirtschaft ausgegangen sei. Wenn irgendwo ein Werk Arbeiter einstellt, mag diese Maßnahme auch saisonbedingt sein, so wird jede solche Belebung herangeführt und unter die Rubrik „Wirtschaftsankurbelung“ placiert. Aber so gern sie möchten, die Gesetze ihres eignen Wirtschaftssystems zwingen sie zu Maßnahmen, die die „Ankurbelung“ selbst sabotieren. Alles, was der einzelne Kapitalist und was die verschiedenen kapitalistischen Gruppen tun, um sie für ihre privatwirtschaftlichen Interessen, nicht unter gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Eigennutz geht vor Gemeinnutz — das ist einer der Fundamentalfälle, auf dem die bestehende Ordnung beruht.

Und: wo alles nimmt, kann der Agrarier allein nicht fehlen! Zwar hat ihnen die Republik in den vergangenen zehn Jahren Subventionen über Subventionen und Zuwendungen anderer Art in Fülle gegeben, als seien sie ihre treuesten Söhne gewesen. Und sie haben ja auch nur, um sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern, diese Republik ununterbrochen geschmäht und die Ausschließung der Arbeiterklasse von den staatlichen Machtpositionen gefordert.

„Setzen an den Wohlfahrtsstaat!“ Unter dem Patronat des Generalsekretärs Reichspräsidenten verteilt das Papen-Kabinett, einige Wochen nachdem es den Industrielassen 200 Millionen Mark hingelegt hat, ebenfalls die Reichs Mittel an die Landwirtschaft. Obwohl Teile von ihr schon an der bisherigen Geschenkpolitik zu eskalieren drohen. Die Getreidebeihilfepolitik z. B. hat dazu geführt, daß der deutsche Verbraucher nicht nur einen um bis zu 200 Proz. über dem Weltmarktpreis liegenden Getreidepreis zahlen muß, sondern der bedeutende Extraprofit, der der Landwirtschaft damit ermöglicht wurde, hat sie zur Ausbeutung der Anbaufläche ermuntert, so daß zu dem Überfluß, der in den letzten Jahren schon an Weizen und Roggen vorhanden war in der Welt, in diesem Jahr auch Deutschland noch einen Überfluß beisteuert! Wurden erst die Schutzzölle und andre Geschenke an die deutsche Landwirtschaft gemacht, um die Preise gegenüber den

niedrigen Auslandsgetreidepreisen künstlich hochzuhalten, so gibt es jetzt Geschenke, um die Preise vor dem deutschen Überangebot zu schützen. Geschenke also auf jeden Fall. Was aber das Reich den Agrariern gibt, das kommt von den Massen, und die übersteuerten Preise zahlen noch einmal die gleichen Massen, denen fortgesetzt die Löhne und die Unterhaltungsätze gekürzt werden.

Damit die Großagrarien als politische Macht nicht verschwinden, wird ihr durch Lotterwirtschaft und rückständige Produktionsmethoden heruntergekommener Besitz immer wieder „aniert“. Die borniertesten Feinde der Enteignung und jeglicher Sozialisierungsbestrebungen haben abermals eine teilweise Enteignung ihrer Gläubiger und die Sozialisierung ihrer Schulden erreicht. Nicht minder großzügig wie den Industrielassen gegenüber verteilt der regierende Volksgauleiter der betrotteten Kapitalisten die Liebesgaben an die Agrarier. Dabei haben sie bis 1930 schon 700 Millionen Mark an Subventionen und Krediten erhalten!

Eine generelle Zinssenkung für die gesamte Landwirtschaft, die Verluste für Sparbanken, Sozialversicherungsanstalten und auch für Privatgläubiger bringt. Wo jedoch Verluste für landwirtschaftliche Kreditinstitute drohen, für deren Pfandbriefe eine Senkung der Zinsen nicht vorgesehen ist, ist das Reich bereit, den Ausfall zu finanzieren. Also Subvention! Und neue Subvention auch für die Weinbauern. Eine Kriechsubventionierung unternimmt die Regierung weiterhin mit der „Bereinigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften“.

Wie die Bankkapitalisten vor einem Jahre, wie die Industrielassen vor vier Wochen, so können jetzt die Landwirte einen reichen Schatz heimbringen. Nur mit dem Unterschied, daß bei den Banken der Staat immerhin Einfluß nehmen kann, während hier annähernd 500 Millionen Mark verstreut werden zur reinen privatwirtschaftlichen „Sanierung“. Aber selbst mit dieser ungeheuerlichen Schröpfung der Reichskassen ist diese Liebesgabenaktion noch nicht beendet. Es sollen noch weitere hohe Beträge für die Rettung des überforderten Viehbesitzes in Ostpreußen hingegeben werden. Der „Wohlfahrtsstaat“ wird so zur Walfahrt. Aber diese Walfahrt und die Rettung des Privateigentums geht über die Ausplünderung und Ausbeutung der Massen; schleudert diese als laustätige Konsumenten aus dem kapitalistischen Wirtschaftskreis heraus. Und wieder reihen und rücken die Widersprüche an dem Bestand des Wirtschaftssystems.

Die Agrarier nehmen Zuflucht zu autarkischen Plänen. Immer weiter wird die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte kontingentiert. „Zum Schutz der Landwirtschaft.“ Aber den auf Hungerlöhne gestellten Massen werden damit die billigeren und nicht selten die besseren Lebensmittel entzogen. Der „Inländische“ wird der Auslandsabfuhr für ihre Waren vernichtet! Die Papenregierung hat eine Kommissar für „Ministerialrat“, auf „Geschäftsreisen“ zu den ausländischen Regierungen geschickt, deren Länder unter den neuen Kontingentierungen am schwersten zu leiden haben. So wenig sie glaubhaft versichern kann, daß die Kontingentierung im Volksinteresse liegt, so wenig wird sie die schwere Schädigung, die sie für die Industrie zur Folge haben wird, abwenden können. Solltand hat sie mit einem Mißerfolg verlassen müssen und in anderen Ländern erwartet sie das gleiche Schicksal. Die Ausfuhr deutscher industrieller Erzeugnisse wird einen weiteren Rückgang erfahren. Also neue Produktionsdrohungen im Zeichen der Wirtschaftsankurbelung!

Als die Industrie ihre Pauschalsubvention erhält, scharen sich die Industrielassen hinter Papen. Die Agrarier murren. Jetzt murren die Industrielassen. Beide Gruppen sind nur auf ihre privatwirtschaftlichen Interessen bedacht; die tollbieren miteinander. Beide stehen sie im Widerspruch zu den Gesamtinteressen der Gesellschaft. Im Schoße der Gesellschaft selbst entwickeln sich die Kräfte, die die privatwirtschaftlichen Interessen zurückdrängen, sie aus dem Felde schlagen werden. Catilina.

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Sitzung der Sekretariatskommission vom 6. Oktober 1932

Die Kommission nahm zur Kenntnis, daß die Verbände von Rumänien und von Ungarn die Sperre über ihre Verbandsgebiete aufgehoben haben und daß das Votizieren in diesen Ländern deshalb wieder zugelassen ist. Immerhin ist zu bemerken, daß infolge sehr großer Arbeitslosigkeit und wegen bespürlicher Maßnahmen die Arbeitsannahme unmöglich ist und daß deshalb nur die Durchreise in Frage kommt. In Rumänien wird zudem das Visum nur für 30 Tage ausgefertigt.

Die Kommission schloß sich den durch das Sekretariat anlässlich des 50jährigen Jubiläums des norwegischen Verbandes (1. Oktober) übermittelten Glückwünschen von Herzen an.

Die spanische Gewerkschaftszentrale hat nebst umfangreichem Material eine Einladung zu dem am 14. Oktober und folgende Tage in Madrid stattfindenden 17. Landeskongress übermittelt. Die Kommission dankt für diese Einladung und übernimmt der emporklebenden spanischen Arbeiterklasse zu ihrem Kongress die besten Wünsche.

Das Sekretariat teilt mit, daß trotz verschiedener Hindernisse einige Verbände erfolgreiche Antritte unternommen, um ihre Beiträge an das Internationale Sekretariat abzuführen. Die Kommission lädt auch die übrigen

in der gleichen Lage befindlichen Verbände ein, entweder Gesuche um Übermittlung der Beiträge an die zuständigen Amtsstellen zu richten oder die entsprechenden Summen zu Händen des Internationalen Sekretariats sicherzustellen.

Zuschüssen des Vorstandes des Verbandes der Buchdrucker in der tschechoslowakischen Republik bezüglich des Blattums, der Verkürzung der Arbeitszeit, der Bewegung des jugoslawischen Verbandes und eines Darlehens wurden zur Kenntnis genommen.

Nach den letzten Nachrichten ist die Tarifbewegung in Jugoslawien noch nicht zum Abschluß gekommen; die Unterhandlungen über die Detailfragen dauern weiter an. Mit der Abklärung der Sachlage und der direkten Fühlungnahme wurde der internationale Sekretär beauftragt.

Die Kommission nahm Kenntnis von der Behandlung der Frage der Einführung der Vierzigstundensche durch die Konferenz vom 21. September beim Internationalen Arbeitsamt in Genf und von der Vertagung auf den Monat Januar. Die Buchdrucker-Internationale wird weiterhin die Angelegenheit mit dem größten Interesse verfolgen und zu geeigneter Zeit ihren Einfluß geltend machen.

Für die Einladung des ungarischen Verbandes zu seiner am 30. Oktober und folgende Tage in Budapest stattfindenden Generalversammlung wurde bestens gedankt und der internationale Sekretär abgeordnet.

Österreich. Im weiteren Verlauf der zulezt in Nr. 69 des „Korr.“ erwähnten Verhandlungen wurde festgestellt sich immer klarer heraus, daß die Unternehmer nur das eine Ziel vorzuechte: Los vom Tarif! Sie beharrten noch wie vor auf ihrer Forderung der Kurzarbeit und ließen keinen Zweifel, daß es mit ihrem Interesse am Tarif zu Ende sei und sie trachten würden, sich dieser „Fessel“ zu entziehen. In dieser zugespitzten Lage machte der Kartellvorsitzende, Kollege Weigelt, trotz der in der Abstimmung über die Kurzarbeit doch klar zum Ausdruck gekommenen Haltung der graphischen Arbeiterklasse, mit Zustimmung der Kartellorganisationen den Unternehmern einen letzten Vorschlag nach einem Schweizer Beispiel, wonach in schlechtesten Betrieben die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden gekürzt werden könne; ein Viertel des Lohnausfalls sollte der Unternehmer, drei Viertel der Arbeiter tragen. Doch auch jetzt noch hielten die Unternehmer ihre Forderung nach Kurzarbeit bedingungslos und zickler aufrecht und verzichteten auf die doch wesentliche Entlastung des Kartellvorschlages. Nur beschränkten sie ihre Forderung nach Kurzarbeit von 32 auf 40 Stunden. Auch zeigte es sich inzwischen, daß die Unternehmer durch den Feldzug der deutschen Papenregierung gegen die Arbeiterklasse wieder einmal stark beeinflusst waren und diese Entwicklung der Dinge im Nachhinein als Druckmittel bei den schwebenden Verhandlungen zu benutzen versuchten. Der nächste Unternehmervorsitzende bezüglich der Kurzarbeit bestand darin, daß er bei Kürzung der Arbeitszeit bis 45 Stunden keine Entschädigung, vorerst, ab 45 bis 40 Stunden aber für jede Stunde eine Viertelstunde entschädigt werden sollte. Dabei wurde noch verlangt, daß die Anordnung der Kurzarbeit nicht nur abteilungsweise, sondern auch für jede Sparte, ja sogar für einzelne Personen erfolgen könne. Das Kartell mußte ablehnen. Nun ging es im Unternehmerlager an die immer wieder angebotene und erprobte Zerlegung der Tarifgemeinschaft. Eine Unternehmerversammlung beschloß die Überberufung der Vertreter aus allen paritätischen Kommissionen, wie Tarifamt, Tarifschiedsgericht und der Schiedskommission beim paritätischen Arbeitsnachweis. Mit diesem Vorgehen der Unternehmer sind diese paritätischen Einrichtungen schamgelegt und damit hat die Tarifgemeinschaft praktisch zu existieren aufgehört. Dieser Unternehmerbeschluss konnte nur mit der unerfüllten Drohung wirtschaftlicher Schädigungen — also schamlosesten Zerrors — gegen etwa räsonnierende Mitglieder zustande kommen. Im Zirkularweg wurden die Unternehmer von ihrer Organisation über die praktische Auswirkung der Beschlässe der Unternehmerversammlung instruiert; danach können Klagen bei den Tarifinstanzen nicht mehr eingebracht werden, das Obligatorium beim Arbeitsnachweis hört auf, um die tarifliche Zerlegungsfalla braucht man sich nicht zu kümmern, da hierfür fortan nur noch das Oremial(Genossenschafts-)Statut zu gelten habe, das eine weitaus größere Zerlegungsfall als der Kollektivvertrag vorsieht. Schließlich wird im Unternehmerzirkular noch vermerkt, daß die andern Bestimmungen des Tarifs — gemeint sind die durch die Sitzung geschützten Tarifteile — „berzeit“ noch in Kraft sind, welche Fassung besagt, daß die Unternehmer auch hier darauf zu sind, sich dieser „Fessel“ des Tarifs ganz zu entziehen, also mit vollen Segeln und geschwollenen Hoffnungen in die „tariflose Zeit“ zur „Wiederbelebung des Gewerbes“ hinüberzuleiten. In einem Schreiben an das Graphische Kartell motivierten die Unternehmer ihr Vorgehen mit dem juristischen Dreck, daß das Kartell vor dem im Kollektivvertrag eingetragenen Einigungsstatut nicht erfährt, wo doch das Kartell immer und immer wieder erklärte, sofort vor diesem Forum zu erscheinen, wenn der Unternehmerverband seine Anträge auf das ihm zustehende, tariflich genau umrissene Recht — der Revision der Löhne — beschränkte. Das Antwortschreiben des Kartells nahm die offizielle Bestätigung von dem gewollten Vertragsbruch mit dem Bemerkten entgegen, daß es seinerseits den eventuellen Auswirkungen des Beschlusses mit den ihm geeignet erscheinenden Mitteln entgegengetreten wird. Den Unternehmern wird ob ihres unerantwortlichen Schrittes noch bittere Erkenntnis kommen; denn die graphische Arbeiterklasse wird sich der tollen Unternehmerstreiche trotz der Notzeit zu erwehren wissen.

Schweden. Auf dem Gelände des berühmten Freilichtmuseums „Stanjen“ in Stockholm wurde am 20. September das „Buchhandwerksmuseum“ eingeweiht. Diese Abteufung des Freilichtmuseums ist durch Sammlungen in Fachkreisen zutage gekommen. Das Buchhandwerksmuseum enthält Buchdruckerei und Buchbinderei und ist in einem alten Stockholmshaus untergebracht, das zu diesem Zweck hier wieder aufgebaut wurde. An der Einweihungsfeier nahmen außer Vertretern der Staats- und Stadtbehörden auch Männer der Wissenschaft sowie Gäste der dänischen, norwegischen und finnischen Prinzipalsorganisationen teil. Von der schwedischen Gehilfenschaft waren zahlreiche Vertreter zugegen, wie auch das Orchester der Typografische Forening und der Kollegengefangverein den musikalischen Teil des Festes ausführten.

Norwegen. Der norwegische Verband und seine Ortsgruppen stehen im Zeichen der Jubiläen. Nachdem kürzlich Oslo Typografische Forening sein 60jähriges Jubiläum feiern konnte, fand am 1. Oktober in Oslo die Feier des 50jährigen Jubiläums des Norsk Centralforening for Bokrtrykere statt. 1882, besonders auch auf eifriges Arbeiten des Leipziger Kollegen F. P. Schulze, gegründet, ist diese Organisation die älteste norwegische Arbeiterorganisation mit landumfassender Ausbreitung. Kollege Schulze wurde der erste Vorsitzende der jungen Organisation, deren Name dem des deutschen Buchdruckerverbandes nachgebildet ist, was eigentlich gegen den norwegischen Sprachgebrauch ist. Kollege Schulze nahm als Ehrengast bei bester Gesundheit am Jubiläumsfest teil. Gleichzeitig kann Trondheims Ortsgruppe auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Auch die Ortsgruppe Kristiansand bestand am 1. Oktober 50 Jahre. In diesem Städtchen im südlichsten Norwegen mit etwa 20 000 Einwohnern und 45 Verbandsmitgliedern wurde schon 1893 der 18. September durchgeföhrt. Diese kleine Mitgliedschaft hat auch gerade jetzt im Jubiläumsjahr ein Ferienheim errichtet.

Luzemburg. Bis zum Jahr 1930 enthielt der Tarifvertrag für das luxemburgische Buchdruckergewerbe die Bestimmung, daß jeder Gehilfe dem Luxemburger Buchdruckerverein angehören müsse, wollte er Stellung in einer tariftreuen Druckerei erhalten. Zum Ausgleich dafür durften die Mitglieder des Luxemburger Buchdruckervereins nur in solchen Betrieben in Stellung treten, deren Inhaber dem Verein Luxemburger Buchdruckerereien angehörten. Dieses Abkommen hatte zur Folge, daß die Angehörigen des luxemburgischen Buchdruckergewerbes (Prinzipale und Gehilfen) sozusagen restlos organisiert waren. Außenseiter gab es in einigen verlorenen Landorten; sie kamen für die Gehilfenschaft aber nicht in Betracht. Diese gewerbliche Eintracht hatte den Vorteil, daß sie den Preisunterbietungen, wie sie in andern Berufen gang und gäbe waren, einen Riegel vorschieb, weil Preischleuberei, wenn sie durch die Tariforgane einwandfrei festgestellt wurde, eine Art Boykott für den Schuldigen zur Folge hatte. Er konnte im Wiederholungsfall aus der Prinzipalsorganisation ausgeschlossen werden, wodurch folgerichtig die Gehilfen den Betrieb verlassen mußten. Die hohen tariflichen Bindungen dieses Systems waren an sich so wirksam, daß äußerst selten ein Einstreiten der tariflichen Instanzen notwendig wurde. Nichtsdestoweniger war dem einen oder dem andern Prinzipal die Gegenseitigkeitsklausel des Tarifvertrags lästig, weil sie ihn daran hinderte, Inorganisierte einstellen zu können, auf die im Bedarfsfall zu zählen war. Ein erster Vorstoß zur Beseitigung der Klausel war denn auch bereits unternommen worden anlässlich einer prinzipiellen Auseinandersetzung zwischen dem Prinzipals- und dem Gehilfenverband gelegentlich einer dem Gehilfenverband angetragenen Beteiligung an der Gründung einer Genossenschaftsdruckerei. Es war damals neben andern Argumenten die Ansicht zum Ausdruck gekommen, daß die oben erwähnte gegenseitige Bindung juristisch nicht haltbar sei, da sie gegen die Bestimmungen der Gewerbetreiberei verstoße. Wie dem auch sei, zu einem definitiven Entscheid war es damals nicht gekommen, aber es war vor auszusehen, daß die Frage bei einer nächsten Gelegenheit erneut aufgerollt würde. Die Tarifverhandlungen vom Jahr 1930 fanden noch unter dem Eindruck der Ausstandsbewegung vom Dezember 1929, die einen die Gehilfen halbwegs befriedigenden Ausgang nahm. Im Prinzipalslager zitterte die Erregung noch nach, da der Ausstand eine ernste Spaltung im Prinzipalsverband zur Folge gehabt. War es die stillgenährte Hoffnung, einen ähnlichen Nis in die Gehilfenorganisation zu bringen, oder war es die vorgeschabene Sorge, den Tarifvertrag mit den gegenseitigen Bestimmungen nicht in Opposition zu stellen, kurz, von den Prinzipalsunterhändlern wurde als Hauptbedingung für den Abschluß eines neuen Tarifvertrags die Fortsetzung der gegenseitigkeitsklausel fallen zu lassen. Wenn man auf seiten des Gehilfenverbandes auch nicht leichten Herzens auf dieses Ansuchen einging, so wollte man trotzdem wegen einer immerhin nicht ausschlaggebenden Formel nicht das Ganze aufs Spiel setzen, um so weniger, als auch unter der Gehilfenschaft die Ansicht nicht vereinzelt war, daß die bisherige Fassung o. a. für sie gewisse Unannehmlichkeiten in sich barg. Damit war das Urteil gesprochen für eine Bestimmung, ohne die man sich lange Jahre hindurch den Tarifvertrag in luxemburgischen Buchdruckergewerbe nicht denken konnte. Im ersten Jahr des Inkrafttretens der neuen Tarifregelung war kein Moment zu verzeichnen, das dem Gehilfenverband Anlaß gegeben hätte, seine Stellungnahme zu bereuen. Der Zusammenschluß war enger denn je, und es war der Periode der allgemeinen Geschäftsdrepression und der damit einhergehenden außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit vorbehalten, eine Änderung herbeizuföhren. Eingeleitet wurde die nunmehr einsehende Austrittsreihe durch einen Kollegen der radikalen Obergangs, der aus gekränkter Eigenliebe dem Verband den Rücken fehrte, nach einigen Wochen des Schmollens aber wieder im Verbandshefen landete. Die unshöne Tat fand Nachahmer von anderer Seite und aus andern Ursachen. Dem einen hatten es die hohen Beiträge angetan, deren Heraushebung durch die wachsenden Ansprüche der Arbeitslosentasse zur Notwendigkeit geworden war, die andern wollten sich durch ihr Vorgehen aufsehend bei ihren Brotherrern in ein günstiges Licht stellen und sich die Anwartschaft auf Lebensstellung sichern. Was die Charakterlosigkeit der Ausreißer besonders kennzeichnet, ist die Tatsache, daß von einem direkten Druck der Unternehmer auf ihre Angestellten nicht gesprochen werden kann, eine plausible Begründung der Defektion lag also nicht vor. Es sind bisher fünf Austritte zu verzeichnen; man darf annehmen, daß damit die Bewegung einwillen zum Stillstand gekommen ist. Sie ist in diesem Ausmaß aber schon bebauernt genug, wenn man sich vergegenwärtigt, daß seit Menschengedenken die Arbeiterchaft des Buchdruckergewerbes einmütig und geschlossen dastand, ein Vorbild, das von den andern Berufszweigen nie erreicht wurde und nunmehr auch bei den Buchdruckern zerfällt ist. Im Prinzipalslager ist die Neuregelung auch nicht ohne schädliche Nachwirkungen gebühten. Abgesehen davon, daß das Prestige des Verbandes eine fühlbare Einbuße erlitten hat, muß festgestellt werden, daß Neuregelungen dem Verband fernbleiben und sich damit begnügen, privatim den Tarifvertrag zu unterzeichnen, falls sie auf Zuweisung von Gehilfen reflektieren. Als Folge dieses nur mehr losen Zusammenhanges untereinander tritt die Tendenz der gegenseitigen Preisunterbietung immer krasser in Erscheinung. Und es fehlt zur Bekämpfung dieser Tendenz der große moralische Faktor, den das frühere Zusammengehen von Prinzipals- und Gehilfenorganisation darstellte. Die Ausmerzung der Gegenseitigkeitsklausel im Tarifvertrag hat dem luxemburgischen Buchdruckergewerbe kein Ziel gebracht. Und es werden nicht nur auf der einen Seite Stimmen laut, die offen aussprechen, daß das frühere Handinhandgehen das vorteilhaftere war, und zwar für beide Teile.



Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Hermann Erela in Berlin
Eingetreten: 16. Oktober 1872 — Jetzt Invalide

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Max Herrmann in München
Eingetreten: 14. Oktober 1882 — Jetzt Invalide



zuführen. Eingeleitet wurde die nunmehr einsehende Austrittsreihe durch einen Kollegen der radikalen Obergangs, der aus gekränkter Eigenliebe dem Verband den Rücken fehrte, nach einigen Wochen des Schmollens aber wieder im Verbandshefen landete. Die unshöne Tat fand Nachahmer von anderer Seite und aus andern Ursachen. Dem einen hatten es die hohen Beiträge angetan, deren Heraushebung durch die wachsenden Ansprüche der Arbeitslosentasse zur Notwendigkeit geworden war, die andern wollten sich durch ihr Vorgehen aufsehend bei ihren Brotherrern in ein günstiges Licht stellen und sich die Anwartschaft auf Lebensstellung sichern. Was die Charakterlosigkeit der Ausreißer besonders kennzeichnet, ist die Tatsache, daß von einem direkten Druck der Unternehmer auf ihre Angestellten nicht gesprochen werden kann, eine plausible Begründung der Defektion lag also nicht vor. Es sind bisher fünf Austritte zu verzeichnen; man darf annehmen, daß damit die Bewegung einwillen zum Stillstand gekommen ist. Sie ist in diesem Ausmaß aber schon bebauernt genug, wenn man sich vergegenwärtigt, daß seit Menschengedenken die Arbeiterchaft des Buchdruckergewerbes einmütig und geschlossen dastand, ein Vorbild, das von den andern Berufszweigen nie erreicht wurde und nunmehr auch bei den Buchdruckern zerfällt ist. Im Prinzipalslager ist die Neuregelung auch nicht ohne schädliche Nachwirkungen gebühten. Abgesehen davon, daß das Prestige des Verbandes eine fühlbare Einbuße erlitten hat, muß festgestellt werden, daß Neuregelungen dem Verband fernbleiben und sich damit begnügen, privatim den Tarifvertrag zu unterzeichnen, falls sie auf Zuweisung von Gehilfen reflektieren. Als Folge dieses nur mehr losen Zusammenhanges untereinander tritt die Tendenz der gegenseitigen Preisunterbietung immer krasser in Erscheinung. Und es fehlt zur Bekämpfung dieser Tendenz der große moralische Faktor, den das frühere Zusammengehen von Prinzipals- und Gehilfenorganisation darstellte. Die Ausmerzung der Gegenseitigkeitsklausel im Tarifvertrag hat dem luxemburgischen Buchdruckergewerbe kein Ziel gebracht. Und es werden nicht nur auf der einen Seite Stimmen laut, die offen aussprechen, daß das frühere Handinhandgehen das vorteilhaftere war, und zwar für beide Teile.

Belgien. An Stelle des ausgetretenen früheren Zentralpräsidenten des Belgischen Typographenbundes, Louis Stordeur, wurde der bisherige Generalsekretär Kollege Alexandre Theunissen gewählt. — Am kommenden 13. November findet in Brüssel die außerordentliche Generalversammlung der Verbandsrentionskasse statt, die sich wahrscheinlich mit einer

Beitragshöhung zu befaßen haben wird. Aus dem Bericht des Vorstandes erhellt, daß es der Rentionskasse der belgischen Kollegen ergöh, wie den Invalidentassen der meisten Bruderverbände: vermehrte Ausgaben, verminderte Einnahmen. Die Krise hat eine Reihe älterer Mitglieder arbeitslos gemacht und dem Invalidentand zugeführt. Der belgische Verband zählt augenblicklich 270 unterstützungsberechtigten Invaliden. Zudem ist die Mitgliederzahl um etwa 600 gesunken. Der Invalidentenstand erfordert monatlich einen Betrag von 27 000 Fr.; an Mitgliedsbeiträgen gehen ein 18 000 Fr. pro Monat. Demgemäß ein Defizit von 9000 Fr. pro Monat. Als Ausgleich dienen die Zinsen eines Reservekapitals von 1 744 707 Fr.; sie reichen aber nicht aus, um Einnahmen und Ausgaben zu balancieren. Um die Lage zu sanftern, liegen dem Kongress drei Anträge vor: 1. Ab 1. Januar 1933 wird der Beitrag auf 5 Fr. festgelegt für die Klassen A und B, auf 3,50 Fr. für die Klasse C. Die monatliche Pension von je 100 Fr. wird beibehalten. 2. Der Beitrag für die Klassen A und B wird auf 6 Fr., für die Klasse C auf 4,50 Fr. festgelegt. 3. Der Beitrag für die Klassen A und B soll 8 Fr., für die Klasse C 5,50 Fr. betragen. In diesem Fall könnte die monatliche Pension auf 150 Fr. gebracht werden. Dem Bericht ist eine Tabelle beigelegt, von der einzelne Stichproben die Lage illustrieren. Die Sektion Brüssel steuert monatlich 7444 Fr.; sie erfordert für Invalidentenunterstützung 12 500 Fr.; in Gent ist das Verhältnis 1108 zu 2500; in Lüttich 1766 zu 3900 usw. Was die Lage noch erschwert, ist die Tatsache, daß bei Austritten aus dem Verband die Einlagen für den Rentionsfonds zu 80 Proz. ihres Gesamtbetrages zurückerstattet werden müssen. Sowie sich bisher beurteilen läßt, ist man entschlossen, die Einrichtung des Rentionsfonds trotz augenblicklicher Schwierigkeiten unter allen Umständen unverfehrt zu erhalten, wenn nicht weiter auszubauen.

Großbritannien. Obgleich vor einem Jahr die Häupter der englischen „nationalen Regierung“ versprochen hatten: „Man wird sich alles, alles wenden“, hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht im geringsten gebessert. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder der Londoner Sehergesellschaft belief sich im Monat August auf 1470. Vor Ende Oktober wird sich eine Besserung nicht bemerkbar machen. Trotzdem erreichte die Arbeitslosigkeit nicht den Tiefstand, den man befürchtet hatte. Die beendete Ferienzeit, in der mancher Arbeitslose ein Unterkommen fand, wird neue Arbeitslose schaffen. In der 338. vierteljährlichen Delegiertenversammlung der Londoner Sehergesellschaft wurde darauf hingewiesen, daß die Tendenz, Arbeit aus London in die Provinz zu bringen, wo der niedrigste Lohn bezahlt wird, immer noch vorherrscht. Den Vertrauensleuten wurde anheimgestellt, größere Sorgfalt in der Kontrolle der neu eingestellten Lehrlinge zu entfalten, damit die tariflich zugestandene Zahl nicht überschritten wird. Die Westrektion in der Herabsetzung der Produktionskosten im Druckgewerbe erreichen langsam und ruhig ihren Höhepunkt. Vertrauliche Unterhaltungen zwischen den einzelnen, der Buchdruckerfederation angeschlossenen Verbänden haben die Luft gereinigt, und einer weiß jetzt vom andern, was er denkt. Verringerung der Produktionskosten bedeutet hauptsächlich Herabsetzung des Tariflohns und Revision vieler Arbeitsbedingungen. So denken wenigstens die Unternehmer. Die Arbeiter sind jedoch, soweit es sich übersehen läßt, der einmütigen Ansicht, daß den Absichten der Unternehmer unbengamer Widerstand entgegenzusetzen sei.

Südafrika. Über die Verhältnisse der Bucharbeiter in Südafrika hat der Generalsekretär des dortigen Verbandes, Kollege Downes, gelegentlich seiner Teilnahme an der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, dem belgischen Delegierten und Präbidenten der Arbeitergruppe, Corneille Mertens, folgende interessante Angaben gemacht: Die South African Typographical Union ist ein sogenannter Industrieverband und umfaßt alle Arbeiter des graphischen Gewerbes, gleich welcher Branche. Sie entstand aus der Fusion einer gewissen Anzahl von Ortsvereinen der Seher, Drucker, Buchbinder usw. Der Ausdruck „alle Arbeiter“ lag wohl zu viel, denn in Südafrika herrscht noch immer der Rassengegenatz zwischen Weißen und Schwarzen. Diese Tatsache übt ihren nachteiligen Einfluß auf die Arbeiterbewegung aus, dem auch die Bucharbeiterorganisationen nicht entgangen sind. Die farbigen oder einheimischen Arbeiter, die sowohl in Buchdruckereien als in Buchbindereien die größten Arbeiten verrichten, sind vom Verband ausgeschlossen. Es ist das sehr bebauerlich, denn die Organisationen sollten allen Arbeitern offenstehen, ohne Unterschied auf Rasse und Nation. Bemerkenswert ist, daß dem Eintritt der Mißlinge nichts im Wege steht. Am Mitglied des Verbandes zu werden, muß man wenigstens sechs Monate im Beruf gearbeitet haben. Im Jahr 1919 wurde im Einverständnis von Prinzipalen und Gehilfen ein Organismus geschaffen, der alle Fragen des Arbeitsverhältnisses: Lohn, Arbeitsdauer, Ferien, Überstunden, Nacharbeit, regelt. Diese Instanz heißt: National Industrial Council of the Printing and Newspaper Industry of South Africa. Sie setzt sich aus je 16 Prinzipalen und Gehilfen zusammen. Ihre Beschlüsse sind Gesetz, dem sich beide Parteien unterwerfen müssen. Der gegenwärtige Lohnsatz wurde am 1. Januar 1932 abgeschlossen und läuft bis zum 31. Dezember 1933. Die Maschinenseher haben für die Tagesfrist die Dreiwöchigenstundenwoche, für Nachfrist die Vierzigstundenswoche. Alle andern graphischen Arbeiter arbeiten 46 Stunden in Tages- und 40 Stunden in Nachfrist. Gemäß den südafrikanischen Gesetzen ist der Tarifvertrag vom Arbeitsministerium anerkannt. Für die Dauer des Vertrags ist der Ausstand verboten, ebenso die Aussperrung. Die Bestimmungen des

Vertrags müssen von beiden Parteien gewissenhaft ausgeführt werden. Zumberhandlungen werden durch die Verträge geahndet. Neben dem Council National haben Prinzipale und Gehilfen gemeinsam einen Arbeitslosen-Fonds gebildet. Zu diesem Fonds müssen pro Arbeiter und pro Woche 8 Pence beigesteuert werden, und zwar zur Hälfte durch die Unternehmer und zur Hälfte durch die Arbeiter. Die Unterstützungen im Fall von Arbeitslosigkeit belaufen sich auf 2 Livres und 20 Schilling pro Woche. Während der Konjunkturjahre 1924 bis 1929 hat man auf diese Weise ein ansehnliches Kapital zusammengebracht. Die Bucharbeiterorganisation zählt ungefähr 6000 Mitglieder, von denen gegenwärtig etwa 17 Proz. arbeitslos sind. Die Unterstützung dieser Kollegen erforderte im letzten Jahr ungefähr 15 000 Livres Stg. So weit der Bericht des Kollegen Downes, — Ausdiesend hieran lesen wir im Verbandsorgan „The Sud African Typo Journal“ folgende Ausführungen, die als Fortsetzung des vorhergehenden anzusehen sind: „Infolge der großen Inanspruchnahme der Arbeitslosenliste hat der Verband durch Abstimmung beschlossen, ab 1. August die Arbeitslosenunterstützungssätze zu verringern. Sie sind nunmehr festgesetzt auf 50 Schill. wöchentlich für diejenigen Mitglieder, die mehr als 15 Jahre dem Verband angehören, auf 40 Schill. bei zehnjähriger und auf 30 Schill. bei zweijähriger Mitgliedschaft. Diese Sparmaßnahmen haben bei den Arbeitslosen große Unzufriedenheit ausgelöst. Daraufhin hat man die Einberufung eines Kongresses ins Auge gefaßt, der nach der Rückkehr des Generalsekretärs Kollege Downes aus Europa die notwendigen Beschlüsse fassen soll, um die Verbandsinteressen und die Interessen der Arbeitslosen in Einklang zu bringen.

Englands Vertriebsfälligungsgewerbe und seine Erzeugnisse

Die englische Produktionserhebung von 1930, deren Ergebnisse, was das Vertriebsfälligungsgewerbe anlangt, schon veröffentlicht worden sind, erhält ihre besondere Bedeutung durch das im Vorjahr erfolgte Abgehen Englands vom Goldstandard. Denn dadurch werden die ermittelten Produktionswerte für lange Zeit die allein vergleichbaren Werte darstellen. Leider ist die Klassifikation der britischen Gewerbestatistik gerade beim Vertriebsfälligungsgewerbe stark verschieden von der deutschen. Die Vergleichsmöglichkeit wird dadurch sehr eingeschränkt. Zunächst ist Buchbinderei und Buchdruckerei grundsätzlich zusammen erfasst, dann aber ist der Druck periodischer Literatur getrennt behandelt.

Die Erhebung erfasst alle Unternehmungen in England, Schottland und Nordirland, die mehr als zehn Personen beschäftigen. An Hand des letzten vorhergehenden Produktionsjahres 1929 geht, ersichtlich ist damit in der Buchdruckerei und -binderei Unternehmungen mit 29 500 Personen, der Satz-, im: Zeitungs- und Zeitschriftenfach aber ist nur die Erzeugung von 950 Beschäftigten nicht berücksichtigt.

In 2493 Buchdruckereien und -bindereien ergab sich der folgende Personalbestand:

	Männer	Frauen	zusammen
Arbeiter	83 947	56 365	140 339
Angestellte	14 534	8 067	22 601
Insgesamt	98 508	64 432	162 940

Und in 600 Unternehmungen des Zeitungs- und Zeitschriftenfachs

	Männer	Frauen	zusammen
Arbeiter	44 709	3 403	48 112
Angestellte	16 041	4 735	20 776
Insgesamt	60 750	8 138	68 888

Verglichen mit 1924 ist die Zahl der Beschäftigten in den Buchdruckereien und -bindereien um 4400 zurückgegangen, dagegen ist sie im Zeitungs- und Zeitschriftenfach um über 12 000 gestiegen.

Der Erzeugungswert der britischen Buchdruckereien und -bindereien stellte sich 1930 auf 54,9 Mill. Pfund Sterling und der Wert der gedruckten Zeitungen und Zeitschriften auf 60,2 Mill. Pfund Sterling. Im letzteren Betrag ist eine Summe von 2,86 Mill. Pfund Sterling enthalten, die sich zusammenfassen aus Lohn, den Zeitungsunternehmungen für Druckarbeiten empfangen haben. Die andere Erzeugung verteilt sich folgendermaßen:

	Wert in 1000 Pfd. Sterl.	
	1930	1924
Tageszeitungen	30 045	26 187
Anderer Zeitungen	9 955	9 764
Zeitschriften	7 343	6 491
Zusammen	47 343	42 442

In diesen Werten sind die vollständigen Verkaufserlöse wie die Einnahmen aus den Inseraten enthalten. Die Gesamteinnahmen sind wie zu sehen gegen 1924 erheblich gestiegen, und zwar um 11,5 Proz., die aus Tageszeitungen allein um 14,7 Proz. Außerdem muß man hier einen Betrag von 4 636 000 Pfund Sterling für 1930 und 5 629 000 Pfund Sterling für 1924 hinzufügen, der von Zeitungsverlegern an Drucker gezahlt wurde und also in der Erhebung für Buchbinder und -drucker erscheint.

Von der mannigfaltigen Erzeugung der Buchbindereien und der Druckereien sind im folgenden die wichtigsten Posten zusammengefaßt. Rund 5,2 Mill. Pfund Sterling im Jahr 1930 und 5,8 Mill. Pfund Sterling im Jahr 1924 entfallen auf die Nebenprodukte, insbesondere Papierbeutel, Karten, Kartons, Notenpapier usw. Die Industrie, die sich speziell mit der Erzeugung dieser Artikel beschäftigt, ist wieder getrennt erfasst. Nach Abzug dieser Nebenproduktion verbleiben Werte von 49,7 Mill. Pfund

Sterling (1930) und 60,2 Mill. Pfund Sterling (1924), die sich, wie aus der Tabelle ersichtlich, zusammenlegen.

	1930	1924
Lochdruckerei (allgemein)	24 461	23 049
Steindruck	5 938	5 719
Buchdruck	4 555	4 280
Druck von Tageszeitungen	290	207
Anderen Zeitungen	1 117	1 438
Zeitschriften	3 229	3 229
Schreibhefte und Bücher	1 918	2 454
Photographischer Druck	777	1 060
Kupfer- und Stahldruck	527	464
Buchbinderei: für Verleger	2 192	2 021
Von Rechnungsbüchern u. ähnl.	1 063	1 154
Anderer Arbeiten	3 285	2 882

Unter den „anderen Arbeiten“ spielen Gravierungen die Hauptrolle. So wie ein Teil des Zeitungsdrucks nicht beim Zeitungsdruck erfolgt wurde, wurde auch ein beträchtlicher Teil Druckereiarbeiten bei anderen Industriezweigen erfasst, und zwar, wie bereits erwähnt, im Zeitungsdruck selber, dann bei der Erzeugung von Spezialartikeln (Karten, Marken, Bilder, Notenpapier) und schließlich in der Kartonfabrikation. Ingesamt wäre zu der genannten Erzeugung ein Betrag von 4 363 000 Pfund Sterling (1930) auf diese Weise hinzuzufügen.

Im Zeitungsdruck sowohl wie in der Druckerei und Binderei enthalten die Erzeugungswerte die Materialkosten wie eventuell an andere Firmen gezahlte Beträge für geleistete Arbeit. Bringt man diese Summen von der Rohproduktion in Abzug, so erhält man die Wertschöpfung oder Nettoproduktion. In der Buchbinderei und Druckerei stellen sich die Kosten des Materials im Jahr 1930 auf 17 271 000 Pfund Sterling und an andere Unternehmungen wurden 1 554 000 Pfund Sterling gezahlt, woraus sich eine Wertschöpfung von 36 091 000 Pfund Sterling, das sind 222 Pfund Sterling pro Kopf des Beschäftigten, errechnet. Im Zeitungsdruck stellen sich die Materialkosten auf 14 293 000 Pfund Sterling im Jahr 1930 bei einer Rohproduktion von 50,2 Mill. Pfund Sterling. Diejenigen Zeitungsverleger, die nicht selbst druckten, wurden in die Erhebung nicht einbezogen, so daß für Lohnarbeit an andere Unternehmungen nur der geringfügige Betrag von 263 000 Pfund Sterling gezahlt wurde. Die Wertschöpfung errechnet sich hier mit 35 049 000 Pfund Sterling und 518 Pfund Sterling auf den Kopf der Beschäftigten. Daß die Wertschöpfung pro Kopf hier mehr als doppelt so hoch liegt wie bei den Druckereien erklärt sich in der Hauptsache aus der stärkeren Mechanisierung, dann aber natürlich aus dem größeren Verhältnis hochbezahlter Angestellter im Zeitungsdruck.

Über die Versorgung mit motorischer Kraft macht der britische Zensus einige Angaben, die nicht ohne Interesse sind, weil sie die Entwicklung während der letzten Jahre charakteristisch umreißen. Die Versorgung mit eigener Krafterzeugung (Primärmaschinen) geht ständig zurück zugunsten des mit Fremdstrom gespeisten Elektromotors. Im Zeitungsdruck stieg die Stromleistung von im Verbrauch befindlichen Elektromotoren zwischen 1924 und 1930 von 53 258 PS auf 91 648 PS und im Druckgewerbe von 67 194 PS auf 90 623 PS, bei einem Stromverbrauch von 45,9 bzw. 62,7 Millionen Kilowattstunden im Jahr 1930.

Korrespondenzen

Wahrschehen. Inre Bezirksversammlung wurde am 25. September hier abgehalten. Sie war von etwa 200 Kollegen besucht. Die Ortsgruppe des Bildungsverbandes legte, um der Tagung ein buchdruckerisches Gepräge zu geben, im Nebenraum eine Sammlung getragener Druckfahnen aus. Der Gesangsverein „Gutenberg“ brachte zur Eröffnung zwei Lieder zu Gehör. Hierauf begrüßte Bezirksleiter Janow die Erschienenen und gab die Tagesordnung bekannt. In untrer Mitte weilten unser Verbandsvorsitzender Kraus und Gauvorsteher König (Halle). Nach Erledigung des geschäftlichen Teils erhielt Kollege Kraus das Wort zu dem Referat „Was uns not tut!“ In treffender Weise skizzierte er die Vorkriegszeit und ließ dann die Zeit der Notverordnungen Revue passieren. Besonders gipfelte er die katastrophalen Auswirkungen der zuletzt in Kraft getretenen Verordnung für die Arbeiterchaft. Sie richtete sich gegen die Gewerkschaften und unterwürfte das noch bestehende Verbundendein zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen. Eine dritte Gruppe, die sich gerührt, unter seelischen Depressionen leide — nämlich die Sorge um die Erhaltung der Arbeitsstätte —, machte sich besonders in der Großstadt bemerkbar. Die Notverordnung mülhe die hervorgerufenen Gegenläge in der Arbeiterchaft aus. Ein Hoffnungsstrahl, das Hooverfeierjahr, tauchte auf; aber seit dieser Zeit ist man von Regierungsseite ständig bemüht, alle Lasten der Arbeiterchaft aufzubürden. Auf der andern Seite Vergewaldung ungeheurer Summen von Volkswörmen (Lohnsen, Raubenellenbogen usw.). Die Wirtschaftsführer propagieren ein neues Schlagwort „Autarkie“, ein angehts der imperialistischen Strömungen geprägter Begriff für Entsepfung großer politisch einseitiger Gebiete, die wirtschaftlich vollständig unabhängig wären. Der Kampf der Völker gegeneinander soll nach Ansicht dieser Herren auf wirtschaftlichem Gebiet geführt werden. Nachdem er Schlichtungsweisen und Fiktivismus genügend behandelt, beleuchtete der Referent den zweiten Teil der Notverordnung, den Eingriff in das Tarifrecht. Hierüber sah länger verbreitend, betonte er am Schluß kommend: Die schärfste Reaktion hat eingeleitet; man sei eifrig bemüht, die Gewerkschaften zu zertrümmern. Wir müssen deshalb gemeinsam die gemeinsame Not tragen und im Notfall unser Arbeitsplatz mit unsern arbeitslosen Kollegen teilen, den Glauben an die Zukunft behalten und vor allem den Indifferentismus befeitigen, dann werden wir wieder unsern alten Platz zurückerobern.

Nach der sachlich geführten Aussprache kam Kollege Kraus zum Schlußwort. Zunächst allen Distinktionsrednern zur Zufriedenheit antwortend, stellte er die Bemerkung richtig, daß nicht die Gesamtführung verlag habe, sondern die Gesamtmasse. Ein jeder solle sich mit seiner ganzen Kraft dafür einsetzen, daß jeder Laue ausgerüttelt wird, um bessere Lebensbedingungen zu erhalten und Zufriedenheit wieder Einkehr hält. Mit dem Ruf „Freiheit“ schloß Kollege Kraus seine zweifelhingigen, beifällig aufgenommenen Ausführungen. Kollege König gab noch kurz eine Statistik bekannt betreffs Zahlung von Unterstützung an dem Verbänden gegenüber und betonte die Notwendigkeit, für die Zukunft größte Aktivität an den Tag zu legen. Zum Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde einstimmig Bernburg gewählt. Die Einbringung eines Antrags betreffs Weiterzahlung einer außerordentlichen Notstandsunterstützung an unre in allen Unterstützungszweigen ausgefeuerten Kollegen, zu welchem der Verbandsvorsitzend erst Stellung nehmen muß, ließ die sachlich und anregend verlaufene Versammlung zum Schluß kommen.

Eberswalde. Inre Bezirksversammlung fand am 25. September hier statt. Sie war von 160 Kollegen besucht. Nach Begrüßung der Kollegen und Gäste durch den Vorsitzenden Biesel geachte die Versammlung in ehrender Weise der durch Tod von uns geschiedenen Kollegen. Dem Bericht des Vorsitzenden war u. a. zu entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit in unserm Bezirk seit der letzten Berichterstattung weiter gestiegen ist; auch eine bedeutende Zunahme der Kurzarbeit ist zu verzeichnen. In verschiedenen Orten werden 24, in einer Firma sogar nur noch 18 Stunden pro Woche gearbeitet. Verschiedene Abwehrkämpfe gegen den Abbau der Überminimumbeschäftigung hatten wir zu bestehen, die jedoch für die Prinzipale nicht den Erfolg hatten, der von ihnen ermuntht wurde. Eine einige und geschlossene Kollegenchaft durchkreuzte die getroffenen Maßnahmen. Bezirkslehrermeister Difflipp gab Aufklärung über geleistete Arbeit im Interesse der Lehrlinge und ermahnte die Ortslehrermeister, die Lehrlinge dahingehend aufzuklären, daß sie für die ihnen gebotenen Fortbildungsmöglichkeiten dem Verband auch in ferneren Zeiten die Treue halten. Der gedruckte vorliegende Kasienbericht wurde vom Bezirksleiter Laughoff ergänzt und ihm Entlastung erteilt. Drei Kollegen konnten auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken: Walter Süßling (Eberswalde), Martin Wahl (Prenzlau), Richard Wörz (Prenzlau). Als äußeres Zeichen der Dankbarkeit wurde den Kollegen je ein Geschenk mit ehrenden Worten vom Vorsitzenden überreicht. Gauvorsteher Reinle (Stettin) referierte sodann in anschauflicher Weise über das Thema „Krisis und Gewerkschaften“. Nur Geschlossenheit der gesamten Arbeiterchaft kann uns in Kämpfen wirtschaftlicher und politischer Art vorwärtsbringen. Die bestehende Arbeitslosigkeit läßt sich durch keine Notverordnung beheben und eine Wirtschaftsbefehlung kann nur dann erst eintreten, wenn jeder Arbeiter mitkande ist, sich etwas zu kaufen. Weiter machte der Referent aufzählende Ausführungen lohter und verbandspolitischer Art. Zum Schluß ermahnte er alle Kollegen, sich dafür einzusetzen, daß das Erprobte uns in weitestem Maß erhalten bleibt. In der folgenden Distinktion gingen die Ausführungen aller Redner dahin, unser Volkswort, den Verband der Deutschen Buchdrucker, in jeder Zeit zu erhalten. Sämtliche eingereichten Anträge zum Gau bzw. Verbandstag wurden einstimmig angenommen; u. a. auch ein Antrag, der den § 1 des Verbandsstatuts dahingehend abgeändert wünscht, daß diejenigen Kollegen, die sich aktiv in der NSDAP. beteiligen, in den Verband nicht aufgenommen werden können bzw. auszuschließen sind. Die Situationsberichte aus den Orten ergaben fast überall das trostlose Bild der herrschenden Wirtschaftsnote. In alle Bezirksversammlungssteilnehmer wurde das Fahrgebot voll genommen; die arbeitslosen und inaktiven Kollegen erhielten je eine besondere Extrazustützung aus der Bezirkskasse. Die Wahl des Ortes für die nächste Bezirksversammlung wurde dem Vorstand überlassen. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung per Akklamation wiedergewählt. Damit fand die sehr anregend und harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Hainichen i. Sa. Eine schlichte und einfache Feier wurde mit untrer Verjammlung am 24. September verbunden: Die Ehrung untrer Jubilars Bruno Böhme, der dem Verband 50 Jahre lang treu gebient hat. Auch Gauvorsteher Dertelt (Chemnitz) sowie Frankenberg und Mittweidener Kollegen wohnten der Feier bei. Bei der Ansprache an den Jubilar hob der Vorsitzende die Verdienste hervor, die sich der Kollege Böhme um den Ortsverein erworben hat. War er es doch, der in unserm früher finsternen Städtchen die ersten und auch die weiteren Verbandskollegen anwarb und so den Verband in unserm Ort fest zu Fuß saßen ließ. 35 Jahre lang übte er die Funktionstätigkeit aus, bis ihn Krankheit zwang, von seinem Posten zurückzutreten. Mit größter Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit fand er seinem Posten vor und genoh bei den heftigen und auch bei vielen auswärtigen Kollegen das beste Ansehen. Auch als Vertreter in öffentlichen und logalen Körperchaften hat er sich für die Arbeiterchaft verdient gemacht. Der Vorhigende ermahnte die jüngeren Kollegen, dem Beispiel des Jubilars zu folgen. Aus Dankbarkeit für seine langjährige Tätigkeit überreichte er dem Jubilar ein vom Ortsverein gefertigtes Geschenk und wünschte, daß Kollege Böhme dem Zeiteweile noch recht lang als treues Verbandsmitglied erhalten bleibt. Anschließend gedachte Kollege Dertelt der treuen Verbandszugehörigkeit des Kollegen Böhme und schilberte die Schwierigkeiten, die in früherer Zeit mit der Verbandszugehörigkeit verbunden waren. Er verband hiermit einen mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Vortrag über den Aufbau des Verbandes, der Unterstützungszweige und der Tarifverträge. In die jüngeren Kollegen richtete er den Appell, den Unternehmern usw. gegenüber mehr Müdigkeit, mehr Kampfgeist und Entschlossenheit zu zeigen. Am Schluß seiner Ausführungen dankte er der Gattin des Jubilars, denn gerade auch die Frauen der Funktionäre bringen große Opfer insofern, als sie die geringe Freizeit ohne ihren Gatten verbringen müssen. Als Zeichen des Dankes überreichte er dem Jubilar im Namen des Verbandes und des Gauvorstandes eine

Briefstafel mit Inhalt und wünschte ihm noch einen fröhlichen Lebensabend im Namen sämtlicher Kollegen. Auch die erkrankten Kollegen der Nachbarstadt Franzenberg und Wittweiba überbrachten Glückwünsche ihrer Ortsvereine. Die bewährte Feiler dürfte den Kollegen noch lange in Erinnerung bleiben.

Saßberstadt. In der Bezirksversammlung fand am 25. September in Wernigerode statt. Sie war sehr gut besucht; der Ortsverein Osterwieck a. B. war, außer den Kranken, vollständig erschienen. Bezirksleiter Ba h begrüßte einleitend alle Erschienenen, darunter den Referenten, Kollegen Helmholz von der „Korr.“-Schriftleitung, und Kollegen Eichler als Vertreter des Gauvorstandes. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Abschieden seit der letzten Bezirksversammlung verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise geehrt. Nach Begrüßungsworten des Kollegen Eichler referierte Kollege Karl Helmholz über das Thema „Erkenntnis tut not“. Ausgangspunkt von den einschneidenden Veränderungen auf wirtschaftspolitischen Gebiet in den letzten Monaten zeigte der Redner, daß das Schwerkriegsgewicht des Abwehrkampfes stärker denn je bei den Gewerkschaften liege. Trotz politischer Zerrissenheit seien von der Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit Erfolge erzielt worden, die man vor 20 Jahren noch für unmöglich gehalten hätte. Um diese zu verteidigen, sei Einigkeit dringend erforderlich. Jetzt soll die Wirtschaftsstärke dazu benützt werden, um die Errungenschaften der Nachkriegszeit wieder zu befestigen, wozu sich die Reaktion auch die Unterstützung der Soldatentruppen stützten verschrieben hat. Nur auf dem Rücken der Nazis ist die jetzige Regierung an die Macht gelangt. Ihre Notverordnungen bedeuten einen Schlag ins Gesicht der Arbeiterschaft, auf der anderen Seite aber Zahlung von Riesensummen an die Unternehmer. Unser Widerstand richtet sich keineswegs gegen die Mehrzahl der Arbeiterlosen, sondern lediglich gegen den Abbau des Tariflohns. Es wird und muß alles geschehen, um diesen Abbau abzuwehren. Es gilt für die Arbeiterbewegung, wieder Aktivität auf der ganzen Linie zu zeigen. Mit einem einmütigen Appell, trotz aller Widerwärtigkeiten das Vertrauen zu den Gewerkschaften nicht zu verlieren, schloß der Referent mit dem Freiheitsruß seine zeitgemäßen Ausführungen unter starkem Beifall. Der ausgezeichnete Vortrag löste eine lebhafteste Diskussion aus. Kollege Wittke betonte, daß für Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei kein Platz in unserer Organisation sein dürfe, und daß der Verbandstag dazu übergehen müsse, eine Statutenänderung vorzunehmen. Die Ausführungen des Kollegen Kandermann gipfelten in der Forderung, daß gerade die Buchdrucker mehr politische Aktivität an den Tag legen müßten. Ähnlich äußerte sich Kollege Wolf, der auch einen ersten Mahnruf an die jüngeren Kollegen richtete. Kollege Waitänder rief zur Einigkeit auf der Grundlage der „Schwarzen Front“ (Otto-Strasser-Richtung) auf. Die Kollegen Gille, Keffel und Otto sowie auch der Referent in seinem Schlusswort folgten für eine gründliche Wahrung des „Schwarzen Revolutionärs“. Die Berichte aus den Druckereien des Bezirks, ergaben folgende Ergebnisse: prober Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. „Ein Ausflug nach der Harburg“, hieß die Kollegen noch, „bis zum Abend zusammenkommen, um die gemeinsamen Interessen zu besprechen.“

Wahr. (Drucker.) Eine Versammlung unserer Bezirksvereine tagte am 4. September in Sammersbach-Niersbach. Während die Kollegen des oberen Schwarzwaldes mit der Bahn im Tagungsort ankamen, verbanden die übrigen Mitglieder das Nürtinger mit dem Auto zurück. Vorsitzender Hönner hieß alle Anwesenden auf herzlichste willkommen. Ein besonderer Gruß galt den Kollegen Fejtöcher und Klaus vom Kreisverband in Karlsruhe, ferner dem Kollegen Pföhl (Freiburg) sowie dem Vorsitzenden des Bezirks Wahr, dem Kollegen Grammelspacher. Geschäftliche Mitteilungen und Kassenberichte wurden ohne Einwendungen entgegengenommen. Es wurde betont, daß sowohl Vorsitzende wie Kassierer ihr Bestes im Interesse der Druckerpartei getan haben. Kollege Grammelspacher begrüßte die Kollegen namens des Bezirksverbandes und wünschte der Versammlung einen guten Verlauf. Kollege Fejtöcher (Karlsruhe) dankte für Einladung, übermittelte die Grüße des Kreisverbandes und bedauerte, daß so wenig Kollegen anwesend waren. Für die anwesenden arbeitslosen Kollegen wurden 2 M. bewilligt, außerdem allen andern Teilnehmern 1 M. In Anerkennung der guten Geschäftsführung wurde der seitige Vorstand wiedergewählt, und zwar als erster Vorsitzender Kollege Hönner, und als Kassierer Kollege Fejtöcher. Kollege Karlus hieß hierauf ein lehrreiches Referat über „Die Farben, deren Bestandteile und das Mischen derselben“. In recht interessanter Weise wußte er aus seiner eigenen Praxis die Zuhörer in das so vielseitige Gebiet der Farben einzuführen. (Es wäre zu begrüßen, wenn in Zukunft neben theoretischen Erörterungen auf diesem Gebiet noch mehr praktische Anleitungen gegeben würden. Jeder Kollege, ob jung oder alt, könnte hierdurch sein berufliches Wissen bereichern. Der Schriftführer.) Nach Einnahme des Mittagessens unternahm wir einen kleinen Spaziergang. Nach Rückkehr gab Kollege Fejtöcher einen kleinen Bericht über die Behandlung der Buchdruckwalzen. Dann sprach er noch über das Aufleben von Klischees auf Stereotypplatten; für manchen Kollegen etwas Neues und Interessantes. Wir trennten uns in dem Bewußtsein, wieder einmal einige Stunden zur Anregung, Fortbildung und Pflege der Kollegialität im Interesse unserer Sparte verbracht zu haben, mit dem Wunsch auf frohes Wiedersehen bei der nächsten Bezirksversammlung.

Börsen. Obwohl die heutige Notzeit rauschenden Festen keinen Spielraum mehr läßt, vielmehr nur noch die Sorge für die Opfer der Krise kennt, ließ sich unsere Ortsvereinsleitung nicht nehmen, den Tag des 40 jährigen Jubiläum im einfachsten Rahmen zu feiern, am 25. September eine stille Gedanktunde zu arrangieren, die in den „Stundenblättern“ stattfand. Eingeleitet von Musik und einem dem Charakter der Feier angepaßten sinnvollen Prolog konnte der derzeitige Vorsitzende, Kollege W u t, eine statliche Festversammlung begrüßen, die sich aus geladenen Gästen und der zahlreichen Buchdruckerfamilie des ganzen

Bezirks zusammensetzte. Ganz besonders wurde unser neuer Gauvorsitzer, Kollege Reibel, begrüßt. Vertreter der verschiedenen Bezirksvereine, der Stadt Börsen, der Prinzpalast, der übrigen Gewerkschaften am Orte, die Vorstandsschicht der Sektion Basel und andre konnte Kollege Reibel begrüßen. Die zahlreich, aus dem ganzen Gau und vom Verbandsvorstand eingehenden Gratulationen bewiesen die enge Verbundenheit der Kollegenschaft. In einem Rückblick gedachte der Vorsitzende lobend all der Jahre, die seit Einführung der ersten Druckerei in Börsen verlossen sind, der Gründung des Ortsvereins im Jahr 1892 am 11. April, der Mitglieder, die den Ortsverein aus der Taufe hoben und von denen heute nur noch zwei unter den Lebenden weilen. Mit Humor ließ er alte Protokolle reben, und herzerfröhlich war es, von dem Kampfgelb, aber auch von unverwundlicher Lebensfreude der früheren Kollegenschaft zu hören. Unter Kämpfen, Sorgen wuchs der Ortsverein heran, bis auch hier der menschenverderbende Krieg ein eisernes Jalt gebot. Viele brave Kollegen kamen nie mehr und stießen auf dem „Feld der Ehre“, wie die es nannten, die heute bereits wieder zu neuem Werdn rüsten! In üblicher Weise gedachte man der Toten, nicht nur jener, die im Kriege stelen, sondern auch derer, die im Laufe der letzten Jahre unsere Reihen für immer verließen. Die Reihe der Gratulationen eröffnete nimmher Kollege Th u l vom Sektionsvorstand Basel. Immer habe Basel und Börsen gute Kollegialität gepflegt. Als Geburtstagsgeschenk überreichte er dem Ortsverein 50 Franken, die mit herzlichem Dank quittiert wurden. Gauvorsitzer Reibel übermittelte die Wünsche des Gaus, ganz besonders bestanden, daß der Ortsverein Börsen stets die Belange des Verbandes treu verfolge. Er stellte dem Ortsverein eine schöne Tischglocke als Geschenk zur Verfügung. In reicher Reihenfolge kamen nun die übrigen Gratulationen. Bezirksvorsitzender Scherer (Freiburg), Bezirksvorsitzender G r a m m e l s p a c h e r (Lahr), die Handwerkerpartei, die Maschinenherdvereinigung Gau Oberrhein; herzhafte Worte wand Stabrat M a e r als Vertreter der Stadt, zugleich überbrachte er als Kartellvorsitzender die Wünsche der übrigen Gewerkschaften, und als letzter Herr Buchdruckerbestitzer K r a s e n e c („Oberländer Vot“) im Namen seiner Kollegen. Die Festrede des Kollegen Reibel übernahm die Zuhörer, er verstand es vorzüglich, sein Thema: „Sind die freien Gewerkschaften heute noch lebensfähig, und was leisteten sie bis dato, insbesondere unser Verband?“, so zu verwerthen und zu deuten, daß alle Vorwürfe, die immer wieder gegen die Gewerkschaften erhoben werden, zerprüft und entkräftet wurden. Wir können nicht umhin, hier festzustellen, daß sich Kollege Reibel bei uns an diesem Tag allgemeine Wertschätzung und Achtung erobert hat. Die folgende Ergrung von Gründungsmitgliedern und Kollegen für 25jährige Verbandszugehörigkeit fand auf der sinnig geschmückten Bühne statt. Mit einem vom Kollegen W u t verfaßten Gedicht begrüßte das Töchterchen des Kollegen Gebhardt die noch lebenden Gründungsmitglieder K r i e b r u c h M e h m e r (heute Invalide) und den in Basel heute noch an der Seemannschiffen tätigen M a t h i a s D o p e l. Mit ehrenvollen Worten wurden den Jubilären kleine Geschenke mit Blumen überreicht nebst einem Erinnerungsblatt, wofür Kollege M e h m e r herzhafte Dankeswörter sprach. Kollege Gebhardt sprach für 25jährige Mitgliedschaft mit Ehrennadel und Diplom ausgezeichnet. Der „heimliche“ Teil“ bestritten vom Sektionskollegen B r o s s e r (Freiburg) und einer kleinen Musikkapelle, vereinigte alle Teilnehmer noch zu gemütlichem Besamensein, und wenn auch das Tanzen nicht wie gewohnt gelungnen werden konnte, so tat dies der Gemütlichkeit keinen Abbruch, denn in unserer Dreiländerede kennt man auch noch Humor und Fröhlichkeit ohne den üblichen „Schwof!“ Nicht unerwähnt soll die von der Bühengilde arrangierte Ausstellung sein, die bei allen Festteilnehmern gebührende Achtung und Anerkennung fand. Hoffen wir, daß die in zehn Jahren folgende 50jährige Jubelfeier unter günstigeren Verhältnissen stattfinden kann, als dies jetzt der Fall ist. Möge der Ortsverein auch weiterhin über Einigkeit und Treue seiner Mitglieder innerhalb des großen Verbandes berichten können!

Allgemeine Rundschau

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosigkeit in unserm Verband im Monat September erstreckte sich auf 204 Arbeitsstellen. 24 von diesen mit 3300 Mitgliedern sandten keinen Bericht an den Verbandsvorstand ein. Die Mitgliederzahl betrug 87500 (ohne Saargebiet und Preisaat Danzig). An Arbeitslosen wurden gezahlt 31 494 (gegen 31 757 im August). Verliert arbeiteten 14 564 (gegen 13 279 im August), nämlich bis zu 8 Stunden 9446, 9 bis 16 Stunden 3376, 17 bis 24 Stunden 141, 25 und mehr Stunden 331. Aus nachstehender Vergleichstabelle ist Näheres über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu ersehen:

Monat	arbeitslos waren	verköhrt arbeiten				
		bis zu 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden	25 u. mehr Stunden	25
Januar... 1931	19 479	2455	903	402	16	
Februar... 1931	19 139	2195	905	486	120	
März... 1931	19 213	2200	821	458	47	
April... 1931	19 272	2052	802	401	43	
Mai... 1931	20 026	2027	780	412	33	
Juni... 1931	20 578	2823	813	579	46	
Juli... 1931	22 899	3265	1641	900	81	
August... 1931	25 563	6985	3362	1594	284	
September 1931	26 635	8068	2944	1484	301	
Oktober... 1931	27 376	9238	3100	1658	603	
November 1931	27 190	9775	2558	1174	432	
Dezember 1931	27 887	8650	2390	1020	269	
Januar... 1932	28 851	8992	2736	1180	222	
Februar... 1932	29 239	8401	2661	1126	257	
März... 1932	29 512	7771	2226	1047	240	
April... 1932	29 420	7430	2226	1088	139	
Mai... 1932	30 388	7080	2518	1039	303	
Juni... 1932	30 309	8183	2519	1138	353	
Juli... 1932	30 659	7845	2714	1189	346	
August... 1932	31 757	8181	3262	1493	343	
September 1932	31 494	9446	3376	1411	331	

Nachahmenswertes Beispiel. Aus Anlaß des 40jährigen Buchdruckmeisterjubiläum des Seniorhefts der Druckerei des „Zehnjahres Kreisblattes“ in Wittlingen, des Herrn K a r l e e f, wurde das Personal durch ein Geldgeschenk erfreut.

Auch ein Zeichen der Zeit. Einem Stellungsuchenden Gehilfen ging nachfolgendes Stellenangebot zu, das besondere Beachtung verdient: „Sie schreiben mir in Ihrem Gesuch betreffend Anträge, daß Sie der niedrigste Gehaltslohn in Frage kommt. Es handelt sich vorerst um den Druck einer Seite etwa 160 Seiten starken Werberlatenders. Größe einer Seite ist 15 x 20 Zentimeter; es handelt sich um ganz glatten Text ohne Annoncen usw. Teilen Sie mir doch bitte umgehend mit, was Sie für das Setzen des Kalenders beanpruchen. Tariflohn kommt nicht in Frage, da ich bereits günstige Angebote vorliegen habe. Das für mich günstigste Angebot kommt in Betracht. Die Arbeitseinstellung überlasse ich Ihnen, Sie arbeiten ganz selbstständig! Die Ungelegenheit eilt sehr. Hochachtungsvoll Stante, Gelsenkirchen, Florastraße 170. Gelsenkirchen, den 7. Oktober 1932.“ Eine solche empörende Mißachtung unserer Tariflohnbestimmungen ist als Auswirkung der reaktionären Angriffe auf das Tarifrecht und den Tariflohn zu betrachten. Man kann an dem unverschämten Angebot des Gelsenkirchener Kräuters aber auch die Wahrheit des Sprichwortes „Unrecht schlägt seinen eignen Herrn“ erkennen. Daß solche und ähnliche Ausbeutungsversuche, so weit sie gelingen, der gewerblichen Schmutzuntertunng Tor und Tür öffnen, um Schaden des Gesamtgewerbes, das dürfte selbst dem verböhrtesten Unternehmer einleuchten!

Vom Zeitungotriebshaupt. Die „K ö n i g s b e r g e r B o l s e e t u n g“ ist wegen Verpöthung des preußischen Zwitelerlasses auf vier Tage verboten worden. Die nationalsozialistische Zeitung „V o l k s p a r o l e“ in Düsseldorf wurde wegen Verleumdung der Reichsregierung für die Zeit vom 10. bis 19. Oktober verboten. An der Spitze einer ihrer letzten Ausgaben gab „D i e N a t i o n“, oppositionelle Tageszeitung in Dresden, bekannt, daß bereits 123 000 Abgänge in der NSDAP zu verzeichnen sind. — Vom Berliner „A n g r i f f“ wurde gefügt in großpredigerischer Weise „ein neuer deutscher Rundfunk auf nationalsozialistischer Grundlage“ gefordert, und zwar namens des „Volfes“.

Entschiedener Protest gegen Papens Beschlüsse. Die Redaktion der „Neuen Leipziger Zeitung“, eines entschiedenen liberalen Organs, sandte auf Grund der Mündner Rede des Reichspräsidenten v. Papen in der Verammlung der bayerischen Industriellen folgendes Telegramm an die Reichsregierung ab: „Des Herrn Reichspräsidenten getreue Opposition, die noch vor kurzem zu den Regierungsparteien gehörte und sich mit Feuer und Begeisterung für die Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten eingesetzt hat, erhebt mit Entrüstung Einspruch gegen die Beschlüsse weiter Volkstriebe durch den Kanzler, der in seiner Kanzlerrede sich nicht geüht hat, alle die, die nicht will und ganz entschlossen hinter der Regierung stehen, als Feinde des deutschen Volkes abzustempeln. Solche Beschlüsse verdienen nicht die, die bestreht sind, in unerschütterlicher Treue am Wiederaufbau mitzuwirken und sich nur in den Reichstagen, und, Eingelassenen von. denen der Regierung unerschütterlich, solche Beschlüsse dienen auch nicht der gemeinlawen Sache und müssen im Interesse der Gesamtheit der deutschen Nation mit Empörung zurückgewiesen werden.“

Preußische Arbeiterpolitik. Die aus angemaßter Machtpolitik eingeleitete preußische Regierung hat neben anderen überflüssigen Maßnahmen bekanntlich auch einen Erlass über vorströhmliche Badeanlagen herausgebracht. Im „Berliner Tageblatt“ machte daraufhin ein Industrieller eine Rechnung auf über den Sachschaden, den dieser Erlass der Textilindustrie zufügt. Die Entwertung der Lagerbestände in dieser Industrie schätzt man auf 8 Mill. M. Dieser Schaden wird erhöht durch eine Lohnsumme von schätzungsweise 6 Mill. M., die an etwa 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen nicht zur Auszahlung kommt. Ein anderer Fabrikant schloß seine Betrachtungen folgendermaßen: „Durch den Erlass-Erlass ist die Einkaufsmöglichkeit für die Detailisten unterbunden. Damit ist die Fabrikation für die Badeanlagensfabrikanten für die Saison 1933 unmöglich. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen sind mit sofortiger Wirkung brotlos geworden.“ Fürwahr, eine treffliche Illustration zur vielbesprochenen Anturbebung der Wirtschaft! Die vom stellvertretenden Reichskommissar Dr. Bracht vor kurzem herausgegebene Ergänzungsanweisung zu der sogenannten Badeopferverordnung, die mit ihrer Zwitelerwirkung einen großen Heiterkeitserfolg erzielt, wird übrigens auch den Landtag beschäftigen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, worin es heißt, daß die Zwitelerverordnung des Herrn Dr. Bracht nicht nur in Preußen und Deutschland, sondern in der ganzen zivilisierten Welt allgemeine Heiterkeit erregt habe. Da durch diese Verordnung das öffentliche Babelreden sehr erschwert werde und vielleicht auch noch andre sportliche Veranstaltungen mitbetroffen würden, müsse der Landtag möglichst bald dazu Stellung nehmen. Die Verordnung sei dem Landtag nicht vorgelegt, wie es nach § 25 Abs. 2 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 vorgeschrieben sei. Der Landtag wird um einen Beschluß erucht, wonach der Reichskommissar aufgefordert werden soll, die Badeopferverordnung und die Zwitelerverordnung unverzüglich dem Parlament vorzulegen und diese Verordnung sofort aufzuheben.

Überfiedlung des Dessauer Bauhauses nach Berlin. Zur Unterbringung des baumkritischen, in Weimar begründeten und später in Dessau fortgeführten Bauhauses wurde neuerdings in Berlin-Steglitz ein leerstehendes großes Fabrikgebäude gemietet, das früher der Telephonindustrie gedient hat. Mit seinen verschiednenartigen Räumlichkeiten eignet sich das Gebäude sehr gut zur Aufnahme der Lehranstalt, deren Werkstätten und Unterrichtsstellen mit geringen baulichen Veränderungen dort untergebracht werden können. Hundert Schüler überfiedeln von Dessau mit nach Berlin. Das neue Semester soll jetzt definitiv am 25. Oktober beginnen.

Müdung der Arbeitslosigkeit? Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung meldet für die zweite Hälfte des Monats September einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 163 000. Während des ganzen Monats September hat nach diesen Zählungen die Arbeitslosenzahl nach einer vorübergehenden Erhöhung um 123 000 abgenommen. Diese

